

Rustem Ismail
Wichmanstr. 9
10787 Berlin

Rustem Ismail, Wichmanstr. 9, 10787 Berlin
LABO Berlin
Friedrich-Krause-Ufer 24

13353 Berlin

Nur per Fax Nr. 90269-4099

Ismail, Rustem, geb. 07.11.1970

Berlin, 12.02.2007

Widerspruch

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich Ihnen bezüglich der mir von Ihnen erteilten Aufenthaltserlaubnis nach §25 Absatz 5 und der mir auferlegten Aufenthaltsbeschränkung auf das Gebiet des Landes Berlin !!! Und weise Sie erneut darauf hin, daß der Widerspruch gegen die Aufenthaltserlaubnis nach §25 Absatz 5 bereits am 07.08.2006 von meinem alten RA Lilge erhoben wurde !!

Da die seiner Zeit gegen mich angestrebte Ausweisung laut Gerichtsurteil des AG Tiergarten vom 03.01.2005 aufgehoben wurde fordere ich Sie als zuständige Behörde auf Ihr Versäumnis zu korrigieren und die Aufhebung der Ausweisung mir zeitnah schriftlich zu bestätigen. Als Anlage erhalten Sie dazu mein Schreiben vom 25.01.2005 an das Amtsgericht.

Da Sie nun mehr seit über 6 Monaten nicht reagiert haben setze ich Ihnen eine Frist von 14 Tagen innerhalb derer Sie mich anschreiben und zu einem Termin einladen bei dem Sie mir eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilen die ich in diesem Zuge auch beantrage.

Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren

hiermit beantrage ich die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubniss, aus Gründen besonderer Härte: meine AIDS - Infektion, schwere chronische physische und psyschische Krankheiten.

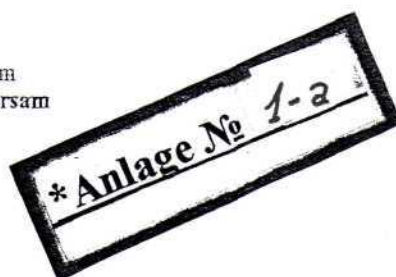
Mit freundlichen Grüßen

Rustem Ismail

Anlage:

1. Mein Schreiben vom 02.11.1999, an das Abschiebegewahrsam Köpenick.
2. Mein Schreiben vom 25.01.2005, an das AG Tiergarten.
3. Attest vom 16.01.2004, am Psychiatrische Klinik Charite.
4. Attest vom 22.06.2006, am meinem Ärzte.
5. Letzter Attest vom 01.02.2007, am meinem Psychiater.

An den Beirat des Abschiebungsgewahrsam
u. an den Leiter des Abschiebungsgewahrsam
Grünauerstr. 140, 12557 Berlin



von Isinail Rustam
HBnr.: 4471
z.Zt. im Pol.-Gew. Köp.
Grtnauerstr. 140, 12557 Berlin

Über Pf. Biedennann, evgl. Seel.

1. **Beschwerde** über körperliche **Mißhandlung** bzw. unangemessene Behandlung durch das Wachpersonal am 2.11.1999
2. Bitte um **Information** über meine **Krankheit / Gesundheitszustand**.

Am 2.11.1999, als ich mich noch im Haus III.2. Etage, befand, wurde mir plötzlich schlecht. Ich bekam keine Luft mehr und mußte mich erbrechen. Mitgefangene sahen das und riefen sofort die Polizei. (Mitgefangene.. die die Vorfälle bezeugen können, sind auf einem beigelegten Blatt genannt.)

Ich merkte, daß ich ohnmächtig zu werden drohte. Die herbei gekommenen Polizisten bekamen einen Schreck und legten mich auf ein Bett. Ich bekam Krämpfe in den Händen und Armen und schließlich am ganzen Körper, so daß ich mich nicht mehr bewegen konnte. Meine Finger(nägel) wurden ganz bläulich.

Die Polizisten wurden immer aufgeregter und wollten den Arzt holen. Der Arzt (Sanitäter?) aber sagte, daß sie ihn zum Arzt/Sanitäter bringen sollten. Drauthin wurde ich über den Flur zur Tür gezogen. (Die Mithättlinge wurden in die Zellen gesperrt.)

Nachdem ich zum Arzt gebracht worden war, wollte dieser meinen Puls fühlen. was nicht ging weil meine Hände so verkrampft waren. Ich wurde in einem Einzelraum untergebracht. Dann bekam ich eine Spritze und eine Tüte, falls ich mich noch einmal erbrechen mußte. Langsam konnte ich meine Finger wieder etwas bewegen.

Für mich war es allerdings ein Problem, daß der Arzt(in)/Sanitäter mich allein in dem Zimmer zurückließ. Ich hatte große Angst, daß ich wieder so einen Anfall bekäme und mir dann niemand helfen könnte. Deshalb klingelte ich und bat das Personal entweder die Tür offen zu lassen oder mich zurück auf meine Etage (III.2) zu bringen. Die Tür aber wurde trotz meiner Bitte wieder geschlossen. Kurz darauf wurde mir wieder schlecht und ich fiel zu Boden und mußte mich erneut übergeben. Auf mein Klopfen an der Tür reagierte nun niemand mehr. Unterdessen ging es mir immer schlechter. Als ich in den Spiegel sah, bekam ich einen Schreck. Ich konnte mich kaum wieder erkennen. denn ich sah aus wie ein Toter. Daraufhin bekam ich panische Angst. Ich klopfte noch einmal an der Tür, aber niemand reagierte. Mich überfiel Todesangst. Aber die Polizei reagierte nicht. Da verletzte ich mich noch zusätzlich an dem Spiegel in der Zelle, weil ich hoffte, daß wenigstens dann jemand reagieren würde, wenn Blut zu sehen wäre.

Nach einer Weile öffneten mehrere Polizisten die Tür. Ich bat erneut darum, nicht allein eingeschlossen zu werden, weil ich Angst hatte, daß mir etwas zustoßen könnte. Als die Tür wieder abgeschlossen werden sollte, wehrte ich mich dagegen, weil ich Angst hatte und weil keiner meine Krankheit ernst zu nehmen schien. Darauf zeigte einer der Polizisten auf mein Erbrochenes und gab mir mit einer eindeutigen Geste zu verstehen, daß ich das Erbrochene auflecken sollte.

Als die Polizisten mich zurückstoßen wollten, zeigte ich meinen blutenden Arm und sagte, daß ich meinen Rechtsanwalt sprechen möchte. Daraufhin brachte mich die Polizei zum Telefonieren in das Erdgeschoß, wo die Einzelzellen sind. Hier hatte ich allerdings Angst, daß man mich in eine der bekannten Einzelzellen stecken würde. Deshalb sagte ich sofort, daß ich nicht in eine Einzelzelle hier eingesperrt werden möchte.

Da packten mich die Polizisten mit Gewalt und zerrten mich an den Haaren in eine der Einzelzellen. Sie zogen mich nackt aus und warfen mir die Sachen erst nach einer Weile wider herein.

Weit ich immer noch große Angst vor einem erneuten Anfall bzw. den Krämpfen hatte, wollte ich, aut keinen Fall allein in einer Zelle in Einzelhaft bleiben. In meiner Todesangst schrieb ich mit meinem Blut ein Hilferuf an die Wand. Auch

versuchte ich etwas mit meinem Reißverschluß in die Wand zu ritzen.

Da öffneten mehrere Polizisten die Zellentür und gaben mir mit einer eindeutigen Geste (Faust in die Hand schlagen) zu verstehen, daß sie mich schlagen wollten. Sie drohten aber nur, wohl weil ich wieder von meinem Anwalt sprach, den ich benachrichtigen wollte.

Die Zelle wurde wieder abgeschlossen. Später sprach die Sozialarbeiterin mit mir. Ich sagte ihr, daß ich lieber wieder zu meinen Freunden auf die 2.Etage verlegt werden wolle, da die mir bei einem erneuten Anfall sofort helfen könnten und ich mich bei ihnen sicherer fühle als in der Einzelhaft. Für den Fall, daß man mich weiter in Einzelhaft halten sollte, kündigte ich einen Hungerstreik an.

Später sprachen noch zwei Polizisten mit mir. Sie sagten mir, daß ich ein paar Tage Geduld haben solle. Nach einigen Tagen wurde ich aus der Einzelhaft im EG entlassen und auf eine neue Etage verlegt (11, 5).

Dann wurde ich in Handschellen zu einem Arzt außerhalb der Haftanstalt gebracht. Ich fühlte mich immer noch sehr krank. Sie untersuchten mich und machten ein Röntgenbild. Sie diskutierten lange über meinen Fall, sagten mir aber nicht welche Krankheit ich habe. Neben dem Anfall / Krämpfen habe ich noch Probleme mit dem Magen / Därmen. Ich habe häufig Blut in meinen Ausscheidungen (Kot).

Später brachten sie mich noch zu einem anderen Arzt. Ich vermute daß es ein Psychiater war (?). Er stellte mir einige Fragen, wollte aber vor allem wissen, wie er mich anreden sollte. Das Gespräch kam nicht richtig zustande, weil kein Dolmetscher anwesend war und weil meine Hände mit Handschellen gefesselt waren. So konnte ich ihm nicht einmal mit meinen Händen zeigen, wo ich Schmerzen hatte. Der Arzt sagte mir daraufhin, daß er mich nicht verstehen könne und brach das Gespräch ab. Dann brachte mich die Polizei wieder zurück.

Zum einen möchte ich mich über die unangemessene Behandlung am 2.11.99 beschweren, als ich meinen „Anfall“ hatte. Ich verstehe nicht, warum ich gegen meinen Willen isoliert bzw. in Einzelhaft gehalten wurde. Außerdem war die Behandlung durch die Polizisten zum Teil entwürdigend. Mein Krankheitszustand und meine damit einher gehende Angst wurde nicht ernst genommen. Mir wurde körperliche Gewalt angetan bzw. angedroht.

Zum anderen bitte ich darum, daß ich über meine Krankheit bzw. über die Ergebnisse der Untersuchungen meiner Person in einer mir verständlichen Weise informiert werde. Auch kann ich nicht verstehen, warum bei den ärztlichen Untersuchungen kein Dolmetscher anwesend ist. Mitteilungen meinerseits waren so kaum möglich.

Bitte untersuchen sie die Vorfälle und ziehen sie gegebenenfalls die Betroffenen zur Verantwortung. Zu einem Gespräch zur weiteren Klärung stehe ich zur Verfügung.

Pfarrer Biedermann half mir auf meinen Wunsch hin beim Schreiben der Beschwerde.

Мы видели как Рустам Исмаил упал, руки и ноги замерзли, и мы боялись что он уже рэт. Все тело у него было ~~белое~~ ^{белое} как труп мертвого. Доктор не мог его руки откран, они рожать так как они были в судорожном состоянии. Так как он не был в состоянии, ходит доктор поручил полицейским затаски его под ноги нас всех заперли в камерах, но сквозь окошко в двери было видно, как полицейские тащили его по коридору.

Wir alle sahen wie Rustam Ismail zu dem Boden fiel. Sein Haut bekam blaue Farbe wie beiden Toten. Der war totenblau. Der Arzt versuchte seine Hände zu strecken. Es klappt nicht. Wir wurden in den Zellen gesperrt. Aber es war zu sehen durch das Fensterchen in der Tür, wie die Polizisten den Rustam in die Richtung des Feststiles schoben.

*Anlage № 1-6

Winnitskij Michail 4133 *Befehl*

Koscharenko Iwan 3573 *J*

Tomashin Armer 1227 *RF*

Kasakow Aslan 3409 *RF*

Konserov 3382 *RF*

Ismaïlov Wasil 3189 *RF*

Ismaïlov Fekel 3180 *RF*

Malic Dogan 4473 *RF*

Kovalev Iosif 3658 *RF*

BLAGOUTODASHAN IURASH 2000 *TOOASH*

Rustem Ismail, Richardplatz 26, 12055 Berlin

-Rechtsanwälte-
Christoph von Planta
Monbijouplatz 3a
10178 Berlin



Rustem Ismail, Richardplatz 26, 12055 Berlin

Amtsgericht Tiergarten
Turmstr.91
Alt Moabit 17,18
Wilsnackerstr.1,5



Geschäftsnummer: (251b / 251a Ds) 52 Js 7/00 (349/00)

Ich bedanke mich für ihren Bescheid vom 03.01.2005 bezüglich der Aufhebung meiner Verurteilung, die ohne meine Teilhabe durchgeführt wurde. Ihr rechtmäßiger Bescheid wurde am 19.01.2005 an das Büro meines Rechtsanwaltes geliefert. Ich habe ihn am 20.01.2005 erhalten.

Gleich habe ich mit der Suche auf die Menschen angefangen, die mir Ihren Bescheid übersetzen könnten. Obwohl diese Übersetzer keine Juristen sind, konnten sie mir das wichtigste überliefern, und zwar, dass ich unschuldig bin. Das freut mich natürlich sehr.

Als ich am 19.07.2000 verurteilt wurde, habe ich vor dem Gericht einige Male wiederholt, dass ich nach 1998 bereits mehrmals die Termine der Ausländerbehörde wahrgenommen habe. Bei dem letzten Termin wurde ich aufgefordert, das Land zu verlassen. Ich habe damals gleich gesagt, dass dies unmöglich wäre, weil ich nicht im Besitz der notwendigen Reiseunterlagen bin. Die Mitarbeiterin der Behörde war sehr nervös und hat mir mit einer erneuten Verhaftung für längere Zeit gedroht.

Diesen Vorfall habe ich auch im Jahre 1999 in Köpenick bei allen Gerichtsterminen geschildert. Die einzige Sitzung, bei der auch meine Erklärungen nicht in Acht genommen wurden, war eine große Sitzung im Dezember 1999, bei der mehrere Entscheidungsträger der BRD dabei waren. Ich habe diesen Vorfall auch vor mehreren Entscheidungsträgern der BRD erklärt. Von dieser Sitzung wurde in der Presse und im Radio berichtet. Den Zeitungsartikel („Russischer Berlin“) habe ich nicht zur Zeit in meiner Hand, aber dafür habe ich eine Kassette, indem sich ein Radiointerview befindet.

Zu meinem großen Bedauern wurden meine Anmerkungen nie zu Protokollen genommen, anscheinend hielt man das für unwichtig. Dies schien alles so zu sein, als ob jemand ein wertloses Spielzeug kaputt gemacht hat und es keinen interessiert, keiner wird zur Verantwortung gezogen. Ich bin aber kein Spielzeug, sondern ein Mensch. Es gab auch danach etwa 10 verschiedene Gerichtsprozesse, wo es um meine Angelegenheiten ging, und bei denen ich absolut ungerecht verurteilt wurde. Ständig gibt es Missverständnisse, die aber jedes Mal dazu führen, dass ich leide, und nicht die Mitarbeiter unterschiedlicher Behörden, die die Gesetze nicht achten können. Für alle diese dummen Missverständnisse soll ich mit meiner Gesundheit und meinem Leben bezahlen. Um alles zurück zu holen, was ich verloren habe, soll ich erstmal wiedergeboren werden.

Ich hoffe, dieses Mal haben Sie keinen Fehler zugelassen und Ihre Entscheidung richtig und nach einer sorgfältigen Untersuchung getroffen wurde. In diesem Fall bedanke ich mich für Ihr Bemühen und Ihre Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Rustem Ismail

Charité

UNIVERSITÄTSKLINIKUM · MEDIZINISCHE FAKULTÄT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Sozialdienst

Tel.: 030 450 571074 Fax: 030 450 571974

Berlin, den 13.01.2004

CHARITÉ · D-10098 BERLIN

CAMPUS CHARITÉ MITTE

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin
Sozialamt
Soz 4782, Hr. Raatsch
Eichenborndamm 215 - 239
13427 Berlin



Rustem, Ismail

geb.: 07.11.1970

z.Zt.

Charité, Psychiatrische Klinik, Station 151
10098 Berlin, Schumann Str. 20/21

Antrag auf Sozialhilfe sowie Versorgung mit Unterkunft

Sehr geehrte Damen und Herren,

o.g. Patient befindet sich seit dem 07.01.04 in der stationären Behandlung unserer Klinik. Massive soziale, finanzielle und gesundheitliche Schwierigkeiten des Patienten (keinerlei finanzielle Bezüge, keine gesicherte Wohnsituation, verschiedene Erkrankungen) haben am 07.01.2004 zu dessen Dekompensation geführt.

Weil er für sich keine andere Möglichkeit sah, hat er sich in suizidaler Absicht vor dem Reichstag/Bundespresseamt mit Benzin übergossen und versucht sich anzuzünden. Passanten konnten letztendlich durch die herbeigerufenen Polizei verhindern, daß es zum Vollzug der Tat kam.

Zur Zeit wird Hr. Rustem medizinisch durch unsere Klinik versorgt.

Im Anschluß an dessen stationärer Behandlung stellt sich für uns jedoch die Frage der sozialen Absicherung des Patienten, den wir nach der derzeitigen Situation, mittellos in die Obdachlosigkeit entlassen müssen.

Eine derartige Situation würde bei dem Patienten unter bekannten Umständen zu einer erneuten Verschlechterung des Zustandes mit Suizidalität führen, deren Folgen nicht absehbar sind und unter Umständen zu einem erneuten Klinikaufenthalt führen könnten.

Wir bitten Sie deshalb dringend, den Antrag des Patienten positiv zu entscheiden und ihm, falls erforderlich, einen Termin beim Sozialamt mitzutellen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Bartholomä
Stationsärztin

Hr. Kröplin
Sozialdienst

Andreas Carganico
Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. med. Axel Baumgarten
Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. med. Stephan Dupke
Arzt für Innere Medizin



Praxis Carganico/Baumgarten/Dupke, Driesenerstr. 11 10439 Berlin

Andreas Carganico
Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. Axel Baumgarten
Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. Stephan Dupke
Arzt für Innere Medizin

Driesenerstr. 11
10439 Berlin
Fon 030-446 77 30
Fax 030-446 77 333

Berlin, 22.06.06

MEDICAL CERTIFICATE

To whom it may concern:

Patient : Rustem Ismail

Diagnosis: Depression{F32.2G},
chronische Prostatitis{N41.1G},
chronische Gastritis{K29.3G},
chronischer HIV Infektion, AIDS{B24G},
Perniziöse Anämie{D51.0G},
Vitamin-B12-Mangelanämie{D51.9G}
Myokarditis
Z.n. Lues II

This is to certify, that I, Dr. Axel Baumgarten, treat the above mentioned patient, who is suffering a chronic disease, for which we must control the blood samples every 3 month here in our praxis department.

For medical reasons he has sometimes to take a combined oral therapy with different tablets.

He is not drug addicted.

His medical supply is for personal use only. It has no commercial value.

For any medical question, please call 030/ 446 77 30
or fax 030/ 446 77 333

Dr. Baumgarten

Andreas Carganico
Dr. med. Axel Baumgarten
Fachärzte für Allgemeinmedizin
Dr. med. Stephan Dupke
Facharzt für Innere Medizin
Driesener Straße 11 • 10439 Berlin
72 83703
Telefon
446 77 30

Dr. med. Christian Seyfried

Arzt für Neurologie, Psychiatrie und Psychotherapie



10551 Berlin

Turmstraße 28

☎ 030 – 395 54 30

Berlin, 01.02.2007

Ärztliches Attest zur Vorlage beim Sozialamt

Herr **Rustem Ismail, geb. am 01.11.1970**, wohnh. Wichmannstr. 9 in 10787 Berlin, hat sich hier in Behandlung begeben. Er gibt an, Opfer unseres Staates geworden zu sein und führt vielfältige Klagen u. a. vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Unter anderem hatte er besonders schlechte Erfahrungen mit dem Sozialamt Reinickendorf gemacht und beschreibt ein Gefühl des Ausgeliefertseins, dem er eigentlich nur durch Selbstmord entkommen könnte. Nervenärztlicherseits wird bestätigt, dass der psychische Zustand höchst angespannt ist, dysthym-depressiv mit suizidalen Absichten und es wird von hieraus darum gebeten, ihn von seinem Wohnort in Berlin Mitte aus vom dortigen Bezirksamt weiter zu betreuen, um das Geschehen nicht weiter zu eskalieren.

Dr. med. Christian Seyfried
Arzt für Neurologie, Psychiatrie
- Psychotherapie -
Turmstraße 28, 10551 Berlin
☎ 030 395 54 30


Sendebestaetigung

12-FEB-2007 13:47 MO

Faxnr. : +0493068975815
Name : GUNTUR INTERNETCAFE

Name/Nr. : 902694099
S. : 8
Startzeit : 12-FEB-2007 13:46 MO
Dauer : 01'22"
Modus : STD ECM
Ergebnisse : [OK]

Rustem Ismail
Wichmanstr. 9
10787 Berlin

Rustem Ismail, Wichmanstr. 9, 10787 Berlin
LABO Berlin
Friedrich-Krause-Ufer 24
13353 Berlin

Nur per Fax Nr. 90269-4099

Ismail, Rustem, geb. 07.11.1970

Berlin, 12.02.2007

Widerspruch

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit widerspreche ich Ihnen bezüglich der mir von Ihnen erteilten Aufenthaltserlaubnis nach §25 Absatz 5 und der mir auferlegten Aufenthaltsbeschränkung auf das Gebiet des Landes Berlin !!! Und weise Sie erneut darauf hin, daß der Widerspruch gegen die Aufenthaltserlaubnis nach §25 Absatz 5 bereits am 07.08.2006 von meinem alten RA Lilge erhoben wurde !!

Da die seiner Zeit gegen mich angestrebte Ausweisung laut Gerichtsurteil des AG Tiergarten vom 03.01.2005 aufgehoben wurde fordere ich Sie als zuständige Behörde auf Ihr Versäumnis zu korrigieren und die Aufhebung der Ausweisung mir zeitnah schriftlich zu bestätigen. Als Anlage erhalten Sie dazu mein Schreiben vom 25.01.2005 an das Amtsgericht.

Da Sie nun mehr seit über 6 Monaten nicht reagiert haben setze ich Ihnen eine Frist von 14 Tagen innerhalb derer Sie mich anschreiben und zu einem Termin einladen bei dem Sie mir eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erteilen die ich in diesem Zuge auch beantrage.

Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren

hiermit beantrage ich die Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis, aus Gründen besonderer Härte: meine **AIDS - Infektion**, schwere chronische **physische und psyschische** Krankheiten.

Mit freundlichen Grüßen

Rustem Ismail



Anlage:

1. Mein Schreiben vom 02.11.1999, an das Abschiebegewahrsam Köpenick.
2. Mein Schreiben vom 25.01.2005, an das AG Tiergarten.
3. Attest vom 16.01.2004, am Psychiatrische Klinik Charite.
4. Attest vom 22.06.2006, am meinem Arzte.
5. Letzter Attest vom 01.02.2007, am meinem Psychiater.

Landesamt für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Ausländerbehörde



Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Postanschrift)

Herrn
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
IV Z 414
(Ismail, *07.11.1970)

Bearbeitung: **Frau Meyer**

Dienstgebäude: Berlin-Mitte
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin

Zimmer **254**
Etage **2**
Telefon **(030) 90269 - 4205**
Fax **(030) 90269 - 4197**
Vermittlung **(030) 90269 - 0**
Intern **(9269)**

E-Mail:
Marlies.Meyer@labo.verwalt-berlin.de
Internet: <http://www.berlin.de/labo>

Datum **13.02.2007**

Sehr geehrter Herr Ismail,

der Eingang Ihres Widerspruchs gegen die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 25 Abs. 5 AufenthG sowie Ihres Antrages auf Niederlassungserlaubnis vom 12.02.2007 wird hiermit bestätigt.

Sie haben sich mit einer Eingabe an den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses von Berlin gewandt. Von daher kann erst nach Rücklauf Ihrer Ausländerakte eine Entscheidung getroffen werden.

Ich bitte daher, vorerst von Anfragen abzusehen. Sofern weitere Angabe oder Unterlagen erforderlich sind, werde ich mich unaufgefordert melden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Meyer

Verkehrsverbindung

Dienstgebäude
Berlin-Mitte



Wachhofen
Amrumer Str.
147, 221

Sprechzeiten:

Montag, Dienstag 07:00-14:00 Uhr
Donnerstag 10:00-18:00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Die Bedienung erfolgt grundsätzlich über vorherige Terminvereinbarung!!!

Allgemeine Fragen richten Sie bitte täglich 08:00-14:00 Uhr an unser Servicecenter: (030) 90269 - 4000

Bankverbindung:

Zahlungen bitte bargeldlos an die
Landeshauptkasse Berlin
10179 Berlin

Postbank Berlin
BLZ 10010010
Konto 1021-102

Ismail Rüstem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rüstem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An die
LABO
Friedrich – Krause – Ufer 24

13353 Berlin

Berlin, 05.06.2007

Änderung meines Status
Gesch. – Z.: IV Z 414

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen bekannt, habe ich bei Ihnen einen Status nach § 25 Absatz 5 Aufenthaltsgesetz.

Da ich jedoch unheilbar krank an HIV infiziert bin, möchte ich, dass mein Status nach § 25 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz geändert wird, da ich aus humanitären Gründen die Bundesrepublik nicht verlassen kann.

Im Übrigen bin ich dringend auf Sozialleistungen für meinen Grundbedarf und zusätzliche Leistungen angewiesen.

Ich bitte um Bestätigung, dass mein Status nunmehr geändert wird.

In Hoffnung auf eine positive Antwort Ihrerseits verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

R. Ismail



Landesamt für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Ausländerbehörde



Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Postanschrift)

Einwurf-Einschreiben

Herrn
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9

10787 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)

IV R 112 (ISMAIL, 07.11.1970)

Bearbeitung Frau Kupfermann

Dienstgebäude: Berlin-Mitte

Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin

Zimmer 155

Etage 1

Telefon (030) 90269 - 4321

Fax (030) 90269 - 4290

Vermittlung (030) 90269 - 0

Intern (9269) - 4321

E-Mail:

kupfermann@labo.verwalt-berlin.de

Internet: <http://www.berlin.de/labo>

Datum 15.06.2007

Widerspruchsbescheid

Sehr geehrter Herr Ismail,

auf Ihren Widerspruch vom 12.02.2007 gegen die Entscheidung IV Z 422 vom 14.09.2006 habe ich entschieden:

Der Widerspruch wird zurückgewiesen.
Sie haben die eigenen Kosten des Widerspruchsverfahrens selbst zu tragen.

Begründung:

I.

Ihnen wurde zuletzt am 28.03.2006 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG) vom 30.07.2004 (BGBl. I S. 1950), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14.03.2005 (BGBl. I S. 721) erteilt. Gem. § 12 Abs. 2 AufenthG kann die Aufenthaltserlaubnis – wie geschehen – mit Auflagen verbunden werden. So wurde also verfügt, dass die „Wohnsitznahme im Land Berlin erforderlich“ ist.

Ihren Widerspruch vom 07.04.2006, der unter anderem auch gegen diese Wohnsitzauflage der Aufenthaltserlaubnis vom 28.03.2006 gerichtet wurde, hat das von Ihnen beauftragte Anwaltsbüro Katzenstein, Lilge u. a. bereits am 14.08.2006 zurückgenommen, die Auflage hat damit Bestandskraft erlangt. Daher ist Ihr erneuter Widerspruch vom 12.02.2007 gegen die selbe, bereits am 28.03.2006 verfügte Wohnsitzauflage unzulässig.

Darüber hinaus möchte ich Sie darauf hinweisen, dass mit dieser Auflage nicht Ihr Aufenthalt sondern nur Ihre Wohnsitznahme beschränkt worden ist. Es ist Ihnen also jederzeit möglich, das Land Berlin zu verlassen, um beispielsweise Besuche außerhalb durchzuführen. Ausgeschlossen ist nur ein Umzug in ein anderes Bundesland. Ihr Widerspruch ging also darüber hinaus auch ins

Verkehrsverbindung
Dienstgebäude:
Berlin-Mitte



Westhafen
Amrumer Str., Reinickendorfer Str.
M 27, 147, 221

Sprechzeiten:
Montag, Dienstag 07.00-14.00 Uhr
Donnerstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Die Bedienung erfolgt grundsätzlich über vorherige Terminvereinbarung!!!

Allgemeine Anfragen richten Sie bitte täglich 08.00-14.00 Uhr an unser Servicecenter: (030) 90269-4000

Bankverbindung:
Zahlungen bitte bargeldlos an die
Landeshauptkasse Berlin
10179 Berlin

Postbank Berlin
BLZ 10010010
Konto 1021-102

Leere, er würde auch zurückzuweisen sein, weil Sie nicht mit Erfolg geltend machen könnten, in Ihren Rechten verletzt zu sein.

II.

Die Kostenlastentscheidung beruht auf § 73 Abs. 3 S. 2 Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO - vom 21.01.1960, in der Fassung vom 20.12.2001 (BGBl. I S. 3987), § 80 Abs. 1 VwVfG. Gem. § 53 Aufenthaltungsverordnung – AufenthV – vom 25.11.2004 (BGBl. I S. 2945), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 14.03.2005 (BGBl. I S. 721) wird von der Erhebung von Widerspruchsgebühren nach §§ 47 Abs. 1 Nr. 3, 51 Abs. 1 Nr. 1 AufenthV abgesehen.

III.

Ihr Widerspruch vom 07.04.2006 gegen die Auflage „Selbständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet.“ hat sich bereits erledigt, denn am 14.09.2006 wurde eine bereits aus § 2 Abs. 2 AufenthG ersichtliche offenbare Unrichtigkeit gem. § 42 Verwaltungsverfahrensgesetz - VwVfG - vom 25.5.1976 (BGBl. I S. 1253/GVBl. S. 1173) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102) berichtigt. Ich verweise auf die Schriftsätze IV R 118 vom 15.08. und vom 29.08.2006.

IV.

Soweit Sie sich mit Ihrem Schreiben vom 12.02.2007 gleichzeitig auch auf Ihre Ausweisung vom 17.07.2001 beziehen, habe ich Sie darauf hinzuweisen, dass diese derzeit von meiner Behörde erlassen wurde aufgrund Ihrer Verurteilungen durch das Amtsgericht Tiergarten vom 17.03.2000 und vom 19.07.2000. Eine durch ein Amtsgericht erlassene Ausweisungsverfügung gibt es nicht. Allerdings liegt mir der Beschluss des Amtsgerichts Tiergarten von Berlin vom 03.01.2005 vor, wonach es sein Urteil vom 19.07.2000 aufgehoben hat. Daher wurde auch die Ausweisungsverfügung vom 17.07.2001 bereits am 27.01.2005 aufgehoben.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den angefochtenen Bescheid in der Gestalt des Widerspruchsbescheides ist die Klage vor dem Verwaltungsgericht Berlin zulässig. Die Klage ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheides bei dem Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten zu erheben; der Klageschrift soll eine Abschrift beigelegt werden.

Die Klage ist gegen das Land Berlin, vertreten durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten Berlin zu richten. Es wird darauf hingewiesen, bei schriftlicher Klageerhebung ist die Klagfrist nur dann gewahrt, wenn die Klage innerhalb dieser Frist bei dem Verwaltungsgericht eingegangen ist.

Es obliegt Ihnen, Ihre Belange und für Sie günstigen Umstände, soweit sie nicht offenkundig und bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich, d. h. in Ihrem Fall innerhalb der Rechtsbehelfsfrist geltend zu machen. Ich weise darauf hin, dass nach Ablauf der gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise unberücksichtigt bleiben können (§ 82 Abs. 1 AufenthG).

Hochachtungsvoll
Im Auftrag


Kupfermann

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstraße 7

10557 Berlin

Empfangsbestätigung		
Briefannahme Verwaltungsgericht Berlin		
Eing: 11. JULI 2007 <i>Heil</i>		
Doppel	Akten	EB
Vollm.	Anl.	fach

Berlin, 09.07.2007

**Klage gegen den Widerspruchsbescheid der Ausländerbehörde vom 15.06.2007 mit dem Gesch.-Z.:
IV R 112 (Ismail, 07.11.1970)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit erhebe ich Klage gegen den Widerspruchsbescheid der Ausländerbehörde vom 15.06.2007 mit dem Geschäftszeichen IV R 112 (Ismail, 07.11.1970)

Die -32, -10, und -8. Kammer des Verwaltungsgerichtes darf sich meiner Sache nicht annehmen. Seit 1998 werden meine Klagen (Ismail Rustem, geb. 07.11.1970) von einigen Verwaltungsrichterinnen, Staatsanwälten und anderen Staatsbeamten nicht verfolgt, daher möchte ich nicht, dass diese meine Klagen bearbeiten, dies betrifft insbesondere die Richter Pannicke, Sawade, Plessner, Goessl und Dr. Schreier.

Ich beschwere mich, weil von 1998 bis 23.04.2004 die Ausländerbehörde meine Rechte verletzt, mich physisch und psychisch fertig gemacht hat. Seit dem Urteil vom 03.01.2005 hat sich herausgestellt, dass mein Aufenthaltstitel unrichtig ausgegeben wurde. Da meine Gesundheit geschädigt wurde, beschwere ich mich.

Im Jahre 1998 hätte die Ausländerbehörde mir einen Aufenthaltstitel wegen meiner Krankheit geben müssen. Ich und mein ehemaliger Rechtsanwalt haben bereits erfolgreich Widersprüche gegen die Bescheide eingelegt, und auch am 15.06.2007 habe ich widersprochen, welches gegen meine Menschenrechte verstößt.

In diesem Widerspruch leide ich abgesehen von schwerer chronischer physischen und psychischen Krankheit zudem an AIDS. Mir wurde damals ein Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 5 erteilt, wonach meine Wohnsitznahme nur auf das Land Berlin beschränkt ist. Jedoch hätte ich zwischen 1998 und 2004 nach den **Härtefällen** einen Aufenthaltstitel unbefristet erhalten müssen. Denn gemäß dem AuslG und AufenthG wären von 1998 bis 2005 sieben Jahre vergangen, wonach ich eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten hätte. Der § 25 Abs. 5 gilt insbesondere für diejenigen, die ausgewiesen werden. Der Widerspruchsbescheid der Ausländerbehörde an meinen ehemaligen Rechtsanwalt Herr Lilge vom 22. Juni 2005 und vom 15. Juni 2007 zeigt, dass gegen mich keine Ausweisung erteilt wurde. Die humanitäre Hilfe nach § 25 Abs. 5 beinhaltet unter anderem die Kontrolle durch Ärzte. Jedoch sind bestimmte Therapien und Hilfen gesetzlich für mich verboten, obwohl ich chronisch krank bin und mit **AIDS** infiziert wurde.

Ab dem 01.01.2005 hätte man mir demnach eine Aufenthaltsgewährung in einem Härtefall gewähren müssen. Desto trotz wurde mein Aufenthalt nach § 25 Abs. 5 bestimmt. Normalerweise wird diese Vorschrift für vorübergehende Krankheiten angewendet, nach Genesung wird diese Person dann ausgewiesen. Die Ausländerbehörde hat in meinem Falle versäumt, mir mitzuteilen, wann ich von meiner **AIDS-Krankheit** genesen werde. Wird etwa daran gedacht, wenn man mich begraben hat?

Die Auflage bzgl. Meiner Wohnsitznahme im Land Berlin kommt einem Gefängnis gleich. Die einige Politiker in Berlin üben Psychoterror auf mich aus. Mein Aufenthalt in einem anderen EU-Land ist für mich wesentlich humanitär. (1 AufenthG §12)

Es ist so, als ob man mich wie die Mafia von der Seite betrachtet und Angst hat, dass Geheimnisse entlüftet werden.

Im Jahre 1998 in den kalten Wintermonaten habe ich aufgrund der Kälte eine Gehirn- und Lungenentzündung bekommen. Die Ausländerbehörde hat damals meine Rechte verletzt, indem ich als Illegaler behandelt wurde. Ich wurde auf die Straße gesetzt. Unter sehr schweren Bedingungen musste ich auf der Straße leben. Durch die Ausländerbehörde habe ich diese chronischen Krankheiten bekommen.

Im Übrigen war die Ausländerbehörde der Grund dafür, dass ich 1999 zum zweiten Mal in die Abschiebehafte gekommen bin. Meine Krankheiten haben sich in der Abschiebehafte deutlich gezeigt. Um den Mord zu vertuschen haben der Arzt und die Beamten in der Abschiebehafte gegen mich Psychoterror ausgeübt und meine Menschenrechte verletzt.

Am 02.11.1999 die Beamten haben mich unmenschliche geschlagen und damit meine Ehre, mein Stolz und meine Menschenrechte mit Füßen getreten. Grund dafür war wiederum die Ausländerbehörde, die mich da eingesteckt hatte.

Von 1998 bis 2000 hat man diese Mordpläne versucht zu verdecken, indem man gegen mich das Verfahren Abt. 251a Ds 349/00 eröffnet und obsiegt und mich für schuldig befunden hat. Dagegen habe ich Widerspruch erhoben mit den -6 V / 52 Js 7/00 VRs- und Abt. 251b Ds 349/00, wo zu Unrecht zu meinen Ungunsten entschieden wurde.

Abgesehen von diesem Verfahren wurden in anderen Verfahren meine sozialen Rechte mir aus der Hand genommen, insbesondere wurde mir mein Krankenschein weggenommen. Dieser Mordplan wird ohne Spuren zu hinterlassen vertuscht, indem man mich schwere psychisch krank macht und in den Selbstmord treibt. Meine letzte Möglichkeit war ein Selbstmord. Im September 2003 habe ich Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhoben.

Am 05.01.2004 habe ich vor dem Deutschen Parlament einen Hungerstreik angetreten.

Am 07.01.2004 wollte ich Selbstmord begehen. Aufgrund dessen wurde ich in der psychischen Abteilung der Charite 21 Tage lang unter Beobachtung gehalten. Die Charite hatte damals Partei ergriffen und verschwiegen, dass ich **AIDS** hatte.

Die blüttonalze vom 23. Januar 2007 zeigt deutlich, dass mein Immunwert auf 240 gesunken ist, was bedeutet, dass ich bereits länger an **AIDS** erkrankt bin.

Das Landgericht Berlin hat im Jahre 2004 unter dem AZ.: 528 Qs 49/03 die Entscheidungen der AG - Tiergarten für falsch befunden und die Gerichte angewiesen, die Urteile zu korrigieren und mir Recht zu geben.

Die Ausländerbehörde stützt sich auf ein Urteil aus dem Jahre 2004, meine Ausweisung vom 19.07.2000 wird demnach nicht aufgehoben, daher wird mir eine Aufenthaltsbefugnis nach § 30 Abs. 4 mit niedrigem Status gegeben.

Wegen meiner **schwerer chronischer psychischen, physischen und AIDS-Krankheit** liegt ein eindeutiger **Härtefall** vor, mein Aufenthaltsstatus müsste ab dem **01.01.2005** ganz anders geregelt werden. Aufgrund einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes wurde meine ehemaliger Status nach **§ 30 Abs. 4** in den noch mehr eingeschränkten Titel nach dem neuen Gesetz nach **§ 25 Abs. 5** geregelt.

Am 03.01.2005 habe ich das folgende Verfahren gegen die Ausländerbehörde gewonnen: ((251 b/ 251 a Ds) 52 Js 7 / 00 (349/00) (528 Qs 49/03)).

Hätte die Ausländerbehörde meine Rechte nicht verletzt, hätte ich 1998 meine Aufenthaltsberechtigung erhalten und wäre bis 2004 nicht unmenschlichen Qualen und Psychoterror ausgesetzt worden. Abgesehen davon würde ich dann auch nicht an **schwerer chronische Krankheiten** und **AIDS** leiden.

Die Rechtsverletzung durch die Ausländerbehörde 1998 hat mein Leben zerstört.

Ohne die **Rechtsverletzung** 1998 wären meine sieben Jahre am 01.01.2005 eingetreten und ich hätte die unbefristete Aufenthaltsberechtigung erhalten.

Wegen dieser **Rechtsverletzungen** von **1998 bis 23 Apr.2004** und der im Jahre 2004 zugefügten **physischen** und **geistigen Schäden**, leide ich an der unheilbaren Krankheit **AIDS**, die man mir angesteckt hat.

Demnach läge bei mir ein **Härtefall** vor. Daher verlange ich, dass die Fehler der Ausländerbehörde von **1998 bis 2004** korrigiert werden.

Die Ausländerbehörde kann gegen meine Krankheiten nicht widersprechen, ich lasse mich **nur** durch Ärzte, Psychologen und Juristen aus dem Ausland untersuchen und befragen. **Nur** erst durch diese Kontrollen können sie gegen mich widersprechen. Ein Widerspruch **ohne** diese neutrale Kommission ist nicht verwertbar.

Nach dem Vorliegen des **Härtfalles** und ohne **Ausweisung**, hätte man **2004** mir keine Aufenthaltsbefugnis nach § 30 Abs. 4, sondern eine Aufenthaltserlaubnis erteilen müssen. Nach der Änderung des Gesetzes am **01.01.2005** hätte ich keine Einschränkungen nach § 25 Abs. 5 gehabt.

Ich bitte Sie, dass meine Rechte seit 1998 wiederhergestellt werden.

Abschrift anbei

I.Rustem



Anlage:

1. Mein Schreiben vom 02.11.1999, an das Abschiebegewahrsam Köpenick.
2. Dass beschloss von Landgerichts Berlin
3. Mein Schreiben vom 25.01.2005, an das AG Tiergarten.
4. Widerspruchs vom 18.04.05, 15.06.05, 07.04.06, 07.08.06 und 12.02.2007
5. Der Widerspruchsbescheid von der Ausländerbehörde vom **15.06.2007**.
6. Das gesetz (1 AufenthG 12)
7. Der psychiatrische Atteste vom 16.01.2004 und 01.02.2007
8. Ärztliches Attest vom 22.06.2006, von Dr. Baumgarten.
9. Attest des Arztes über meine Nicht-Erwerbsfähigkeit.
10. Schreiben des JobCenters, damit ich in Rente gehen muss.
11. Mein Antrag vom 06.06.2007, an das AG Tiergarten für eine Betreuung.
12. Die Kopie meines Widerspruch an das Abgeordnetenhaus vom 15.06.2007
13. Die Antwort des Abgeordnetenhauses vom 20.06.2007.
14. Die Kopie meiner Klage an das Bundesverfassungsgericht vom 25.06.2007

Mir wird nicht geholfen. Die Politiker üben seit neun Jahren Psychoterror auf mich aus, dadurch habe ich bereits **chronische physische und psychische** Probleme davongetragen. Außerdem wurde ich mit **AIDS infiziert**, ich bin praktisch zum **Mord verurteilt**. Ich möchte von anderen **EU-Staaten** politische Unterkunft beantragen. Habe ich noch das Recht auf einen Asylantrag.

Verwaltungsgericht Berlin

15. Kammer

- VG 15 A 281.07 -

Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin

10557 Berlin-Moabit, den 11.07.2007

Kirchstraße 7

Fernruf: (030) 9014-0

Durchwahl: (030) 9014-

Intern: (914-111)

Telefax: (030) 9014-8790

Internet: <http://www.berlin.de/vg>

} App.-Nr.
8150

Ismail Rustem

Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Zu:

Sehr geehrter Herr Rustem!

In Ihrer Verwaltungsstreitsache

Ismail Rustem

g e g e n

Land Berlin

ist die Klageschrift vom 09.07.2007 am 11.07.2007 bei dem Verwaltungsgericht eingegangen und hat das oben angegebene Aktenzeichen erhalten, das ich in allen Schreiben an das Gericht anzugeben bitte.

Reichen Sie Schreiben sowie Anlagen bitte (auch) künftig zwei-fach ein, da sonst Kopien auf Ihre Kosten (0,50 Euro/Seite) hergestellt werden müssen. Die Akten der Verwaltungsbehörde werden vor der Entscheidung des Gerichts beigezogen und können auf Antrag in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

Der Streitwert, nach dem sich die jetzt fälligen Gerichtsgebühren bemessen, ist für das Klageverfahren vorläufig auf 5.000 Euro festgesetzt worden. Eine Kostenrechnung geht Ihnen gesondert zu. Eine endgültige Abrechnung erfolgt nach Abschluss des Verfahrens.

Eine Übertragung des Rechtsstreits auf den Einzelrichter (§ 5 Abs. 1 VwGO) wird erwogen.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende

Görlich

Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig, weil es mit einer Datenverarbeitungsanlage erstellt wurde.

Sprechzeiten: Montag bis Freitag
von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Fahrverbindungen: S-Bahn Bellevue
U-Bahn Hansaplatz
U-Bahn Turmstraße

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Berlin, 16.07.2007

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Verwaltungsgericht Berlin

Kirchstraße 7

10557 Berlin

-VG 15 A 281.07-



Briefannahme Verwaltungsgericht Berlin		
Eing.	16. JULI 2007	
Doppel	Akten	EB
Vollm.	Anl.	fach

Sehr geehrte Damen und Herren.

Weiterhin beantrage ich, dem Kläger Prozesskostenhilfe.

Anlagen:

1. Antrag für Prozesskostenhilfe.
2. Bescheid von Leistungen nach dem AsylbLG.
3. Brief von Hausverwaltung GmbH.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem



Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

- Anlage zum Antrag auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe; die notwendigen Belege sind beizufügen. -

Geschäftsnummer des Gerichts

VG 15A 281.07

A	Prozesskostenhilfe wird beantragt von (Name, Vorname, ggf. Geburtsname):	Beruf, Erwerbstätigkeit	Geburtsdatum	Familienstand
	ISMAIL Rustem		07.11.2007	Ledig
	Anschrift (Straße, Postleitzahl, Wohnort): Wichmannstr 9, 10787 Berlin			
Antragstellende Partei wird gesetzlich vertreten von (Name, Vorname, Anschrift, Telefon):				

B	Trägt eine Rechtsschutzversicherung oder andere Stelle/Person z.B. Gewerkschaft, Arbeitgeber, Mieterverein die Kosten Ihrer Prozessführung?	C	Beziehen Sie Unterhaltsleistungen (z.B. Unterhaltszahlungen; Versorgung im elterlichen Haushalt; Leistungen des Partners einer eheähnlichen Lebensgemeinschaft)?	Beleg-Nr.
	Nein ☒ Ja, in voller Höhe ☐ Ja, in Höhe von EUR ☐		Nein ☒ Ja, von Eltern/Vater/Mutter (bitte auf Zweitstück dieses Vordrucks Angaben über deren/dessen Verhältnisse - s. Hinweise) ☐ Ja, vom getrennt-lebenden/geschiedenen Ehegatten ☐ Ja, von anderer Person ☐	

D	Angehörige, denen Sie Unterhalt gewähren	Geburtsdatum	Familienverhältnisse (z.B. Ehegatte, Kind, Schwiegermutter)	Wenn Sie den Unterhalt ausschließlich durch Zahlung gewähren:	Haben die Angehörigen eigene Einnahmen? (z.B. Ausbildungsvergütung, Unterhaltszahlungen vom anderen Elternteil)	Beleg-Nr.
	Name, Vorname (Anschrift nur, wenn von Ihrer Anschrift abweicht)			Monatsbetrag in EUR		
	1				Nein ☐ Ja, EUR mtl. netto ☐	
	2				Nein ☐ Ja, EUR mtl. netto ☐	
	3				Nein ☐ Ja, EUR mtl. netto ☐	
	4				Nein ☐ Ja, EUR mtl. netto ☐	
	5				Nein ☐ Ja, EUR mtl. netto ☐	

Wenn Sie laufende Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch beziehen und den letzten hierüber erhaltenen Bescheid beifügen, sind Angaben zu (E) bis (F) entbehrlich, sofern das Gericht nicht etwas anderes anordnet.

E	Brutto-Einnahmen	Haben Sie Einnahmen aus	Hat Ihr Ehegatte Einnahmen aus	Beleg-Nr.
	Bitte unbedingt beachten: Die notwendigen Belege (z.B. Lohnbescheinigung der Arbeitsstelle) müssen beigelegt werden.	nichtselbstständiger Arbeit? ☒ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto selbstständiger Arbeit/Gewerbebetrieb/Land-, Forstwirtschaft? ☒ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Vermietung und Verpachtung? ☒ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Kapitalvermögen? ☒ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Kindergeld? ☒ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Wohngeld? ☒ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Andere Einnahmen (auch einmalige oder unregelmäßige)? ☐ Nein ☒ Ja, und zwar EUR brutto	nichtselbstständiger Arbeit? ☐ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto selbstständiger Arbeit/Gewerbebetrieb/Land-, Forstwirtschaft? ☐ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Vermietung und Verpachtung? ☐ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Kapitalvermögen? ☐ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Kindergeld? ☐ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Wohngeld? ☐ Nein ☐ Ja, EUR mtl. brutto Andere Einnahmen (auch einmalige oder unregelmäßige)? ☐ Nein ☐ Ja, und zwar EUR brutto	
	Bitte Art und Bezugszeitraum angeben: z.B.: Unterhaltsrente mtl. Altersrente mtl. Weihnachts-/Urlaubsgeld jährl. Arbeitslosengeld mtl. Arbeitslosengeld II mtl. Sozialgeld mtl. Ausbildungsförderungsgeld mtl. Krankengeld mtl.	Leistung nach 763,28 Asylbewerberleistungsgesetz		
Falls zu den Einnahmen alle Fragen verneint werden: Auf welche Umstände ist dies zurückzuführen? Wie bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?				

F	Abzüge	Welche Abzüge haben Sie?	Welche Abzüge hat Ihr Ehegatte?	Beleg-Nr.
	Bitte kurz bezeichnen: z.B.: 1 Lohnsteuer 2 Pflichtbeiträge 3 Lebensversicherung 4 Fahrt zur Arbeit, ... km einfache Entfernung	1 Steuern EUR mtl. 2 Sozialversicherungsbeiträge EUR mtl. 3 Sonstige Versicherung EUR mtl. 4 Werbungskosten, Betriebsausgaben EUR mtl.	1 Steuern EUR mtl. 2 Sozialversicherungsbeiträge EUR mtl. 3 Sonstige Versicherung EUR mtl. 4 Werbungskosten, Betriebsausgaben EUR mtl.	

Allgemeine Fassung

G	Ist Vermögen vorhanden?	A B oder C	In dieser Spalte mit Großbuchstaben bitte jeweils angeben, wem der Gegenstand gehört: A = mir allein, B = meinem Ehegatten allein, C = meinem Ehegatten und mir gemeinsam	Verkehrswert, Guthabenhöhe Betrag in EUR	Beleg- Nr.
	Grundvermögen? (z.B. Grundstück, Familienheim, Wohnungseigentum, Erbbaurecht) Nein ☒ Ja ☐		Nutzungsart, Lage, Größe, Grundbuchbezeichnung, Jahr der Bezugsfertigkeit; Einheits-, Brandversicherungswert:		
	Bausparkonten? Nein ☒ Ja ☐		Bausparkasse, voraussichtlicher oder feststehender Auszahlungstermin, Verwendungszweck:		
	Bank, Giro-, Sparkonten u. dergleichen? Nein ☒ Ja ☐		Kreditinstitut, Guthabenart:		
	Kraftfahrzeuge? Nein ☒ Ja ☐		Fahrzeugart, Marke, Typ, Bau-, Anschaffungsjahr:		
	Sonstige Vermögenswerte, Lebensversicherung, Wertpapiere, Bargeld, Wertgegenstände, Forderungen, Außenstände? Nein ☒ Ja ☐		Bezeichnung der Gegenstände:		

H	Wohnkosten Angaben sind zu belegen	Größe des Wohnraums, den Sie mit Ihren oben unter ① bezeichneten Angehörigen bewohnen	Größe in m ²	Art der Heizung (z.B. „Zentrale Ölheizung“)				Beleg- Nr.
	Wenn Sie den Raum als Mieter oder in einem ähnlichen Nutzungsverhältnis bewohnen	Miete ohne Mietnebenkosten EUR mtl.	Heizungskosten EUR mtl.	Übrige Nebenkosten EUR mtl.	Gesamtbetrag EUR mtl.	Ich zahle darauf EUR mtl.	Ehegatte zahlt EUR mtl.	
		237,65 ~~273,35,-~~	55 ~~42,-~~	104,00 ~~81,30,-~~	396,65	396,65		
	Wenn Sie den Raum als Eigentümer, Miteigentümer, Erbbauberechtigter o. dgl. bewohnen	Belastung aus Fremdmitteln EUR mtl.	Heizungskosten EUR mtl.	Übrige Nebenkosten EUR mtl.	Gesamtbetrag EUR mtl.	Ich zahle darauf EUR mtl.	Ehegatte zahlt EUR mtl.	
	Genauere Einzelangaben zu der Belastung aus Fremdmitteln (z.B. „...% Zinsen, ...% Tilgung aus Darlehen der Sparkasse ... für den Kauf des Eigenheims; Zahlungen laufen bis ...“):					Restschuld EUR	Ich zahle darauf EUR mtl.	Ehegatte zahlt EUR mtl.

I	Sonstige Zahlungsverpflichtungen	Bitte angeben, an wen, wofür, seit wann die Zahlungen geleistet werden und bis wann sie laufen (z.B. „Ratenkredit der ... Bank vom ... für Kauf eines PKW, Raten laufen bis ...“)	Restschuld EUR	Ich zahle darauf EUR mtl.	Ehegatte zahlt EUR mtl.	Beleg- Nr.
	Ratenzahlungen an: Zahnarzt E-Plus Hausverwaltung		1200,- 830 776,46	50 40 60		

J	Als besondere Belastung mache ich geltend:	Besondere Belastung (z.B. Mehrausgaben für körperbehinderten Angehörigen) bitte begründen. Die Angaben sind zu belegen.	Ich bringe dafür auf EUR mtl.	Ehegatte bringt dafür auf EUR mtl.	Beleg- Nr.

Ich versichere hiermit, dass meine Angaben vollständig und wahr sind. Das Hinweisblatt zu diesem Vordruck habe ich erhalten:

Anzahl 5 Belege füge ich bei. Berlin Ort, Datum	Aufgenommen: Unterschrift der Partei oder Person, die sie gesetzlich vertritt	Unterschrift, Amtsbezeichnung
--	--	-------------------------------

Landesamt für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Ausländerbehörde



Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Postanschrift)

Rustem Ismail
Wichmannstr. 9
Etage 6 Mi
10787 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
IV Z 414 - 098081001096
(Ismail, *07.11.1970)

Bearbeitung: Frau Meyer

Dienstgebäude: Berlin-Mitte
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin

Zimmer 254
Etage 2
Telefon (030) 90269 - 4205
Fax (030) 90269 - 4197
Vermittlung (030) 90269 - 0
Intern (9269)

E-Mail: Marlies.Meyer@labo.verwalt-berlin.de
Internet: <http://www.berlin.de/labo>

Datum 21.08.2007

Ihr Antrag vom 12.02.2007

Sehr geehrter Herr Ismail,

ich möchte Wartezeit für Sie vermeiden. In Ihrer Aufenthaltsangelegenheit werden Sie deshalb gebeten, unter Vorlage dieses Schreibens **am 10.09.2007 um 07:00 Uhr direkt in Zimmer 254** vorzusprechen.

Sollten Sie den Termin nicht wahrnehmen können, bitte ich Sie um rechtzeitige telefonische Mitteilung unter der Rufnummer (030) 90269 – 4205.

Hinweis: Trotz Vergabe eines Termins sind Wartezeiten nicht auszuschließen.

Ich bitte Sie, folgende Unterlagen mitzubringen:

- Ihren Pass
- Zwei aktuelle Passbilder (35mm x 45mm, Frontalaufnahme mit neutralem Gesichtsausdruck und geschlossenem Mund gerade in die Kamera blickend, heller Hintergrund)
- Bescheid vom JobCenter

Sollten Sie eine Verlegung des genannten Termins wünschen, so würde dieser nur nach dem jetzigen Termin vergeben werden können. Vorher sind bereits alle Termine vergeben.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag


Meyer

Verkehrsverbund
Dienstgebäude
Berlin-Mitte



Westhafen
Amrumer Str.
147, 221

Sprechzeiten:
Montag, Dienstag 07:00-14:00 Uhr
Donnerstag 10:00-18:00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Die Bedienung erfolgt grundsätzlich über vorherige Terminvereinbarung!!!

Allgemeine Fragen richten Sie bitte täglich 08:00-14:00 Uhr an unser Servicecenter: (030) 90269 - 4000

Bankverbindung:
Zahlungen bitte bargeldlos an die
Landeshauptkasse Berlin
10179 Berlin

Postbank Berlin
BLZ 10010010
Konto 1021-102

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Berlin, 25.08.2007

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Verwaltungsgericht Berlin

Kirchstraße 7

10557 Berlin

Nur per Fax: 030 / 9014-8790

-VG 15 A 281.07-

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meine Briffe an die Ausländerbehörde vom 25.08.2007.

Ich bitte Sie diesen Antrag dem K lage vom 09.07.2007 beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen

Rustem Ismail

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Rustem Ismail', written over a diagonal line.

Rustem Ismail
Wichmanstr. 9
10787 Berlin

Rustem Ismail, Wichmanstr. 9, 10787 Berlin
LABO Berlin
Friedrich-Krause-Ufer 24
Frau Meyer

13353 Berlin

Zimmer 254

Nur per Fax Nr. 90269-4197 (4099)

Ismail, Rustem, geb. 07.11.1970
GeschZ. IV Z 414-098081001096

Berlin, 25.08.2007

Sehr geehrte Frau Meyer,

in den Jahren 1998 und 2004 wurden meine Rechte ohne Grund entnommen. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Berichtigung und den Termin am 10.09.2007 für die Vergabe von Niederlassungserlaubnis. Ich bitte Sie bei diesem Termin (10.09.2007) mich in die deutsche Staatsangehörigkeit aufzunehmen. Aufgrund der unberechtigt entnommenen Rechte hat sich meine Gesundheit in diesen 9 Jahren erheblich verschlechtert, d.h. ich habe leider kurze Lebenserwartung. Meine restliche kurze Lebenszeit würde ich gerne ohne jegliche Probleme als deutscher Staatsbürger verbringen.

Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren

Aus Gründen der meine **AIDS - Infektion**, schwere chronische **physische und psychische** Krankheiten und der **unglückliche kurzen Lebenserwartung** , beantrage ich die deutsche Staatsangehörigkeit.

Ich bitte Sie diesen Antrag dem Widerspruchsantrag vom 12.02.2007 beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen

Rustem Ismail



Sendebestaetigung

24-AUG-2007 05:57 FR

Faxnr. : 68083780
Name : FA STEPS

Name/Nr. : 90148790
S. : 3
Startzeit : 24-AUG-2007 05:57 FR
Dauer : 00'18"
Modus : STD ECM
Ergebnisse : [OK]

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Berlin, 25.08.2007

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:

Verwaltungsgericht Berlin
Kirchstraße 7

10557 Berlin

Nur per Fax: 030 / 9014-8790

-VG 15 A 28107-

Schr geehrte Damen und Herren,

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meine Briefe an die Ausländerbehörde vom 25.08.2007.

Ich bitte Sie diesen Antrag dem Klage vom 09.07.2007 beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen

Rustem Ismail



Sendebestätigung

24-AUG-2007 05:54 FR

Faxnr. : 68083780
Name : FA STEPS

Name/Nr. : 902694197
S. : 1
Startzeit : 24-AUG-2007 05:54 FR
Dauer : 00' 14"
Modus : STD ECM
Ergebnisse : [OK]

Rustem Ismail
Wichmanstr. 9
10787 Berlin

Rustem Ismail, Wichmanstr. 9, 10787 Berlin
LABO Berlin
Friedrich-Krause-Ufer 24
Frau Meyer

13353 Berlin

Zimmer 254

Nur per Fax Nr. 90269-4197 (4099)

Ismail, Rustem, geb. 07.11.1970
GeschZ. IV Z 414-098081001096

Berlin, 25.08.2007

Sehr geehrte Frau Meyer,

in den Jahren 1998 und 2004 wurden meine Rechte ohne Grund entnommen. Ich bedanke mich herzlich für Ihre Berichtigung und den Termin am 10.09.2007 für die Vergabe von Niederlassungserlaubnis. Ich bitte Sie bei diesem Termin (10.09.2007) mich in die deutsche Staatsangehörigkeit aufzunehmen. Aufgrund der unberechtigt entnommenen Rechte hat sich meine Gesundheit in diesen 9 Jahren erheblich verschlechtert, d.h. ich habe leider kurze Lebenserwartung. Meine restliche kurze Lebenszeit würde ich gerne ohne jegliche Probleme als deutscher Staatsbürger verbringen.

Antrag

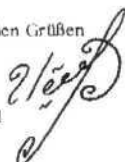
Sehr geehrte Damen und Herren

Aus Gründen der meine **AIDS - Infektion**, schwere chronische **physische und psychische** Krankheiten und der **unglückliche kurzen Lebenserwartung**, **beantrage ich die deutsche Staatsangehörigkeit.**

Ich bitte Sie diesen Antrag dem Widerspruchsantrag vom 12.02.2007 beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen

Rustem Ismail



Rechtsanwälte Jan Katzenstein Harald Lilge* Doris Graßhoff
Büro Charlottenburg Gervinusstr. 4 D-10629 Berlin
Büro Neukölln* Sonnenallee 83 D-12045 Berlin
Tel 030. 32 70 43 49 Fax 030. 32 70 43 51
Postbank Berlin BLZ 100 100 10 Konto 680 170 101

RAe Katzenstein und Kollegen Gervinusstr. 4 10629 Berlin

Herrn
Ruslem Ismail
Wichmannstr. 5
10787 Berlin

Aingegangen
28 AUG. 2007


Ismail ./ LABO

17.8.2007

Sehr geehrter Herr Ismail,

anliegend übersende ich Ihnen das Schreiben der Ausländerbehörde. Sie können bis zum 13.9.2007 dagegen Widerspruch einlegen. Wir werden dies allerdings nicht tun.

Mit freundlichen Grüßen



J. Katzenstein
Rechtsanwalt

Landesamt für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Ausländerbehörde

ABSCHRIFT



EINGEGANGEN 1 3. Aug. 2007

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Postanschrift)

Gegen Empfangsbekenntnis
Herr
Rustem Ismail
vertreten durch Rechtsanwalt
Harald Lilge
Gervinusstr. 4
10629 Berlin

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
IV Z 41 - 098081001096
(Ismail, *07.11.1970)

Bearbeitung: Frau Heßler

Dienstgebäude: Berlin-Mitte
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin

Zimmer 258

Etage 2

Telefon (030) 90269 - 4202

Fax (030) 90269 - 4197

Vermittlung (030) 90269 - 0

Intern (9269)

E-Mail:
Hessler@labo.verwalt-berlin.de

Internet: <http://www.berlin.de/lab0>

Datum 27.07.2007

EINGEGANGEN
28 AUG. 2007
[Handwritten signature]

Sehr geehrter Herr Ismail,

Ihr Antrag auf Kostenentscheidung vom 31.08.2006 wird abgelehnt. Rechtsgrundlage für diese Entscheidung ist § 80 Abs.2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes - VwVfG - vom 25.05.1976 (BGBl. I S. 1253/GVBl. S. 1173) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.2003 (BGBl. I S. 102).

Danach sind die Gebühren und Auslagen eines Rechtsanwaltes erstattungsfähig, wenn die Zuziehung eines Bevollmächtigten notwendig war.

Ihnen wurde erstmals am 23.04.2004 eine Aufenthaltsbefugnis erteilt, die eine selbständige Erwerbstätigkeit ausschloss. Bereits am 20.01.2005 wurde Ihnen die Auflage „Selbständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet“ auf Ihren Antrag hin gestrichen.

Sofern Ihre am 28.03.2006 erteilte Aufenthaltserlaubnis den Zusatz „Selbständige Erwerbstätigkeit nicht gestattet“ erhielt, handelte es sich um eine offensichtliche Unrichtigkeit nach § 42 VwVfG. Diese offensichtliche Unrichtigkeit wurde am 14.09.2006 korrigiert.

Die Einschaltung eines Rechtsvertreters hätte es dazu nicht bedurft, denn die Erlaubnis der selbständigen Erwerbstätigkeit stand Ihnen weiterhin zu. Auch die in Ihrer Aufenthaltserlaubnis eingetragene Nebenbestimmung „Erwerbstätigkeit gestattet“ beinhaltet gemäß § 2 Absatz 2 Aufenthaltsgesetz zwingend die Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit.

Hätten Sie bei der Ausländerbehörde vorgesprochen wäre der unrichtige Eintrag in Ihrer Aufenthaltserlaubnis problemlos gestrichen worden.

Verkehrsverbindung
Dienstgebäude
Berlin-Mitte



Westhafen
Amrumer Str.
147, 221

Sprechzeiten:
Montag, Dienstag 07:00-14:00 Uhr
Donnerstag 10:00-18:00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Die Bedienung erfolgt grundsätzlich über vorherige Terminvereinbarung!!!

Allgemeine Fragen richten Sie bitte täglich 08:00-14:00 Uhr an unser Servicecenter: (030) 90269 - 4000

Bankverbindung:
Zahlungen bitte bargeldlos an die
Landeshauptkasse Berlin
10179 Berlin

Postbank Berlin
BLZ 10010010
Konto 1021-102

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten - Abteilung IV - Ausländerbehörde - (Anschrift siehe oben) zu erheben. Es wird darauf hingewiesen, dass die Widerspruchsfrist nur dann gewahrt ist, wenn der Widerspruch innerhalb dieser Frist eingegangen ist.

Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten ist gemäß Art. I Nr. 11 bzw. Art. II Nr. 4 des Zweiten Verwaltungsreformgesetzes - 2. VerwRefG – vom 25.06.1998 (GVBl. S. 177) für ab dem 18.11.1999 zugestellte Bescheide auch zuständige Widerspruchsbehörde.

Für den Fall, dass Sie gegen diesen Bescheid Widerspruch erheben, weise ich schon jetzt darauf hin, dass die Bearbeitung des Widerspruchs gemäß § 69 Abs. 6 AufenthG gebührenpflichtig ist.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

Heßler

Verwaltungsgericht Berlin

15. Kammer

- VG 15 A 281.07 -

Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin

10557 Berlin-Moabit, den 27.9.2007

Kirchstraße 7

Fernruf: (030) 9014-0

Durchwahl: (030) 9014-

Intern: (914-111)

Telefax: (030) 9014-8790

Internet: <http://www.berlin.de/vg>

} App.-Nr.
8150

Rustem Ismail

Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Zu:

Sehr geehrter Herr Ismail!

In der Verwaltungsstreitsache

Rustem Ismail

g e g e n

Land Berlin

erhalten Sie hiermit zwei Abschriften zur Kenntnisnahme.

Auf Anordnung

Die Geschäftsstelle

Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig, weil es mit einer Datenverarbeitungsanlage erstellt wurde.

Sprechzeiten: Montag bis Freitag
von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Fahrverbindungen: S-Bahn Bellevue
U-Bahn Hansaplatz
U-Bahn Turmstraße

Landesamt für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Ausländerbehörde



Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Postanschrift)

Verwaltungsgericht Berlin
- 15. Kammer -

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
IV Z 414 - 098081001096
(Ismail, *07.11.1970)

Bearbeitung: **Frau Meyer**

Dienstgebäude: Berlin-Mitte
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin

Zimmer **254**
Etage **2**
Telefon **(030) 90269 - 4205**
Fax **(030) 90269 - 4197**
Vermittlung **(030) 90269 - 0**
Intern **(9269)**

E-Mail:
Marlies.Meyer@labo.verwalt-berlin.de

Internet: <http://www.berlin.de/labo>

Datum **25.09.2007**

In der Verwaltungsstreitsache

Rustem Ismail

./.

das Land Berlin, vertreten durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten,
Abt. Ausländerbehörde, IV Z 414,

- VG 15 A 281.07 -

wird hinsichtlich Ihres Schriftsatzes vom 18.09.2007 mitgeteilt, dass der Kläger am
11.10.2007 zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis auf der Grundlage des § 26 Abs. 4
AufenthG vorspricht. Anschließend erfolgt eine Stellungnahme zum Schriftsatz vom
11.07.2007 sowie die Übersendung der Ausländerakte.

Zwei Durchschriften sind beigelegt.

Im Auftrag

Meyer

Verkehrsverbindung
Dienstgebäude
Berlin-Mitte



Westhafen
Amrumer Str.



147, 221

Sprechzeiten:
Montag, Dienstag 07:00-14:00 Uhr
Donnerstag 10:00-18:00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Die Bedienung erfolgt grundsätzlich über vorherige
Terminvereinbarung!!!

Allgemeine Fragen richten Sie bitte täglich 08:00-14:00 Uhr an
unser Servicecenter: (030) 90269 - 4000

Bankverbindung:
Zahlungen bitte bargeldlos an die
Landeshauptkasse Berlin
10179 Berlin

Postbank Berlin
BLZ 10010010
Konto 1021-102

Verwaltungsgericht Berlin

15. Kammer

- VG 15 A 281.07 -

Verwaltungsgericht Berlin, Kirchstraße 7, 10557 Berlin

10557 Berlin-Moabit, den 22.10.07

Kirchstraße 7

Fernruf: (030) 9014-0

Durchwahl: (030) 9014-

Intern: (914-111)

Telefax: (030) 9014-8790

Internet: <http://www.berlin.de/vg>

27 OKT 2007
App.-Nr.
8150

22 OKT 2007

Rustem Ismail

Wichmannstr. 9

10787 Berlin

Sehr geehrter Herr Ismail!

In der Verwaltungsstreitsache

Rustem Ismail

g e g e n

Land Berlin

erhalten Sie hiermit eine Abschrift zur Kenntnisnahme.

Es wird angeregt, die Klagefortführung zu überdenken, da Sie sich im Hinblick auf die nunmehr erteilte Niederlassungserlaubnis erledigt haben dürfte.

Um Stellungnahme binnen eines Monats wird gebeten.

Hochachtungsvoll

Der Berichterstatter

Dr. Burchards

Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig, weil es mit einer Datenverarbeitungsanlage erstellt wurde.

Sprechzeiten: Montag bis Freitag
von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Fahrverbindungen: S-Bahn Bellevue
U-Bahn Hansaplatz
U-Bahn Turmstraße

Landesamt für
Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Ausländerbehörde



Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin (Postanschrift)

Verwaltungsgericht Berlin

- 15. Kammer -

GeschZ. (bei Antwort bitte angeben)
IV Z 41(Ismail,07.11.1970)

Bearbeitung: **Frau Heßler**

Dienstgebäude: Berlin-Mitte
Friedrich-Krause-Ufer 24, 13353 Berlin

Zimmer 258

Etage 2

Telefon (030) 90269 - 4202

Fax (030) 90269 - 4197

Vermittlung (030) 90269 - 0

Intern (9269)

E-Mail:
Hessler@labo.verwalt-berlin.de

Internet: <http://www.berlin.de/labo>

Datum **18.10.2007**

In der Verwaltungsstreitsache

Rustem Ismail

./.

das Land Berlin, vertreten durch das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten,
Ausländerbehörde, IV Z 41,

- VG 15 A 281.07 -

beantrage ich,

die Klage abzuweisen.

Zur Begründung meines Antrages beziehe ich mich auf die in dieser Angelegenheit ergangenen
Bescheide, die nach meiner Auffassung die Sach- und Rechtslage zutreffend beurteilen.

Die Ausführungen des Klägers sind nicht geeignet, eine andere Entscheidung zu begründen.

Im Übrigen wurde dem Kläger am 11.10.2007 eine Niederlassungserlaubnis, die keine
wohnsitzbeschränkende Auflage (mehr) enthält, erteilt, wobei die zeitlichen Voraussetzungen für
die Erteilung erst am 23.04.2007 erfüllt waren. Mangels nunmehr vorliegenden
Sachbescheidungsinteresse dürfte sich die Klage damit erledigt haben

Es bestehen keine Einwände, den Rechtsstreit einem Mitglied der Kammer als Einzelrichter zu
übertragen (§ 6 Abs.1 VwGO).

Verkehrsverbund
Dienstgebäude:
Berlin-Mitte



Westhafen
Amrumer Str.
147, 221

Sprechzeiten:
Montag, Dienstag 07.00-14.00 Uhr
Donnerstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Die Bedienung erfolgt grundsätzlich über vorherige Termin-
vereinbarung!!!

Allgemeine Anfragen richten Sie bitte täglich 08.00-14.00 Uhr
an unser Servicecenter: (030) 90269-4000

Bankverbindung:
Zahlungen bitte bargeldlos an die
Landeshauptkasse Berlin
10179 Berlin

Postbank Berlin
BLZ 10010010
Konto 1021-102



Mit Entscheidungen durch den Vorsitzenden bzw. Berichterstatter (§ 87a Abs.2 und 3 VwGO) besteht Einvernehmen.

Zwei Durchschriften und die Ausländerakten (Bd. I, II und III) sind beigelegt.

Im Auftrag

Heßler

*** ÜBERTRAGUNGSBERICHT ***

29/10/2007 01:30

Lexmark 7300 Series

STARTZEIT
01:27

GESENDET AN
03032704351

SEITEN
5

ERGEBNIS
OK

für RA.Lilge

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An die
LABO - Ausländerbehörde
Friedrich-Krause-Ufer 24
13353 Berlin
Zimmer 258



Berlin, 12.09.2007

per Fax 030 / 90269-4197

IV Z 41-098081001096

(Ismail, * 07.11.1970)

Widerspruch

Sehr geehrte Fr. Heßler,

hiermit widerspreche ich Ihrem Schreiben vom 27.07.2007.

Ihr Schreiben ist an das Rechtsanwaltsbüro am 13.08.2007 zugegangen, mir ist es am 28.08.2007 zugegangen.

Zunächst ist zu sagen, dass mein damaliger Rechtsanwalt Herr Lilga das Mandat niedergelegt hat, nachdem er im August 2006 ein Angebot für den Staatsdienst erhalten hat. Seit dem 01.09.2006 ist er nicht mehr mein Rechtsanwalt. Da er sich nicht verteidigt, muß ich dieses selbst tun.

Ihre Auffassung, sie würden den Fehler sofort korrigieren, wenn man sie darauf hingewiesen hätte, ist falsch. Ich habe alle Termine mit meinem damaligen Rechtsanwalt Herr Lilga wahrgenommen. Mein Anwalt hat bereits im Termin vom 28.03.2006 sie auf den Fehler hingewiesen und erneut darauf aufmerksam gemacht. Sie haben jedoch entgegnet, dass sie nach der neuen Gesetzeslage Recht hätten. Nachdem mein Rechtsanwalt dieses in Erfahrung gebracht hat, hatte er nochmals recherchiert und ihnen den Widerspruch zukommen lassen.

Anliegend erhalten Sie ein Foto, welches im Wartesaal Ihrer Ausländerbehörde am 28.03.2006 aufgenommen wurde. Auf dem Foto sind ich und mein Rechtsanwalt zu sehen. Der fotografierende Dritte ist ein Zeuge.

Mit freundlichen Grüßen

R. Ismail

D58658866

© 1997

826 Abs. 4

AUKENTAMUSTITTEL

NAME ISMAIL, Rustem

unbefristet

AUSSTELLUNGSDATUM
Berlin, 1-10-07

NIEDERLASSUNGSERLAUBNIS
Erwerbstätigkeit gestattet.

ZUSAMMENFASSUNG

AUSWEIS-MR.:

0344294

AUSIÄNDERBEHÖRDE

Ausländerbehörde IV Z 422

IM AUFRAG UND ERSCHEINT

[illegible]

Nr. 0344294